Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 22. Januar 1926
Freitag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979–5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif :—: :—:

65. Jahrgang
22. 1. a Nr. 36 10 Pfennig

Unerfreuliche Gesellen.

So unkontrollierbar auch die Wiener Zeitungsmeldungen über eine neue Verschwörung gegen das Leben des Königs Boris von Bulgarien sein mögen, so wahrscheinlich auch ein promptes offizielles oder inoffizielles Dementi interessierter serbischer Kreise ist, so fände doch jeder, der sich einmal mit der Persönlichkeit des bulgarischen Emigrantenführers Athanassoff befaßt hat und sich seine jetzige Lage vergegenwärtigt, nichts Erstaunliches, vielmehr etwas Logisches darin, wenn durch ihn noch irgendein Verzweiflungskoup geplant werden sollte.

Nedelko Athanassoff hat den typischen Entwicklungsgang eines bulgarischen Politikers hinter sich. Den unteren Schichten entstammend — er ist in Slomer, einem nordbulgarischen Nest, geboren —, wurde er Volksschullehrer, Agitator, Abgeordneter und, da er sich der Fahne der Agrarkommunisten anschloß, Minister unter Stambuliski. Als Eisenbahnminister fiel er dem Staatsstreich derer um Wolkoff vom Juni 1923 zum Opfer und saß anderthalb Jahre im Gefägnis, bis es ihm gelang, mit seinem Kollegen Kosta Todoroff nach Belgrad zu entkommen.

Die in sittlichen Dingen ungemein strenge bularische Oeffentlichkeit schätzte sich glücklich, einen Eisenbahngewaltigen loszuwerden, in dessen Schreibtisch man Ukase für Stellung von Salonwagen vorfand, in denen eine Anzahl gefälliger Freundinnen ihm nach- oder vorauszureisen hatte. Gewissen serbischen Hegemonialpolitikern — die Gerüchte von dem Bestehen einer sehr aktiv gesonnenen Militärliga, die sich „Weiße" oder „Schwarze Hand" nennt, wollen und wollen nicht verstummen — kam dieser von übergroßer Intelligenz und irgendwelchen Skrupeln nicht belastete, dafür ehrgeizige und hemmungslos leidenschaftliche Mann, nicht ungelegen.

Athanassoff hat seine Wühlarbeit zum Teil nach Prag verlegt, wo noch heute das Blatt der Stambuliski-Anhänger, „Die Bauernfahne" (Semledelsko Zname), in bulgarisch und französisch erscheint. Es zeichnet sich durch eine besondere Vaterlandslosigkeit aus, die sich z. B. während des griechisch-bulgarischen Zwischenfalles in einer solchen Tonart gegen den bulgarischen Staat äußerte, daß man den Versicherungen Athanassoffs, nur zum Besten Bulgariens eine Vereinigung mit Jugoslawien auf gewaltsamem Wege einschlagen zu wollen, keinen Glauben schenken darf.

Daß seine Ziele sich keineswegs nur auf **das Beseitigen der Regierung Zankoff richten, sondern auf eine Vernichtung der Dynastie Koburg, dafür hat er selbst häufig genug Zeugnis abgelegt, indem er sich unverblümt und in unflätiger Weise über die Notwendigkeit, König Boris zu töten, aussprach.**

Mit dem gleichen Zynismus hat er gelegentlich zugegeben, daß Bandeneinfälle aus Südostserbien mit dem Ziel, das damalige Regime des Ministers Russeff weiter zu provozieren, von ihm organisiert worden seien. In Erinnerung dürfte noch der den blutigen Frühjahrsattentaten in Sofia vorausgegangene Streit der vier sauberen ehemaligen Ministerkollegen und Stambuliski-Jünger in Nisch sein, bei dem die serbische Polizei in väterlicher Weise einschritt, aber doch nicht verhinderte, daß in „offenen Briefen" Athanassoff und Stojanoff auf der einen Seite und Kosta Todoroff und Oboff auf der anderen Seite sich gegenseitig ihre Beziehungen zu dem „Komintern" bezw. der jugoslawischen Regierung vorwarfen.

Nachdem nun Sowjetrußland um seiner Versöhnung mit den Altserben willen ein revolutionierendes Vorgehen auf dem Balkan zurzeit nicht mehr anstrebt, nachdem in Bulgarien eine innere Konsolidierung im vollen Gange ist, und die bevorstehende Amnestie Liaptscheffs dem Athanassoff Dutzende seiner zwangsweise emigrierten bisherigen Anhänger entzieht, scheint der Bedenkenlose zu dem verwerflichsten aller politischen Mittel greifen zu wollen: zur aktiven Inanspruchnahme fremder Hilfe gegen seine eigene Heimat. Sicher sind sowohl diesen bulgarischen Verzweiflungspolitikern bei solchem durch nichts mehr begründeten Vorgehen, wie ihren etwaigen serbischen Helfern, die gleichen Gedankengänge eigen. Jeder von ihnen hofft insgeheim, nach vereintem Marschieren getrennt zu handeln und den Kontrahenten auf irgendeine Weise aus der ganzen Affäre herausbugsieren zu können. Geschichtliche Beispiele lehren, daß solch Hineinzerren einer auswärtigen Macht in eine nationale Angelegenheit immer mit der Niederlage des solch fragwürdige Hilfe Heischenden geendet hat.

Mag die Vereinigung aller Slawen auch etwa als ein Heilmittel gegen das ewig schwärende und eiternde „mal balkanique" (wie es kürzlich ein französischer Schriftsteller genannt hat) anzusehen sein, durch die gewaltsame Wegätzung einer Dynastie, durch das erneute Aufreißen nicht vernarbter Wundstellen im bulgarischen Ehrgefühl — noch dazu durch so anationale Elemente wie die um Athanassoff — wird sie gewiß nicht erreicht werden.

Th. v. P.

Unwetter in Portugiesisch-Angola.

Lissabon, 22. 1. (Sonderdienst der DAZ.)

Der Londoner Gesandte von Venezuela ist in Lissabon eingetroffen, um die Beteiligung seines Lissaboner Kollegen an der Betrugsaffäre der Bank von Angola zu untersuchen.

Das portugiesische Kreuzergeschwader, das sich im südlichen Atlantik aufhält, hat dringenden Befehl erhalten, nach Loanda (Portugiesisch Angola) zu gehen. Der Oberkommissar von Angola ist nach Lissabon berufen worden, um der Regierung über die Lage in Angola Bericht zu erstatten. Dort sind außergewöhnlich heftige Wolkenbrüche niedergegangen. Der Eisenbahnverkehr und die Telegraphenverbindung mit Rhodesia sind unterbrochen. Viele Eingeborene sind ertrunken, andere konnten sich auf Bäume retten. Motorboote sind beschäftigt, soweit als möglich Hilfe zu bringen.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Entschließung gegen die widerrechtliche Besetzung

Einmütigkeit aller Parteien im Ausschuß.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete beschäftigte sich mit den Rückwirkungen aus den Locarnoverträgen.

Der Vorsitzende Bayersdörfer (Bayr. Vp.) begrüßte es, daß der neue Justizminister Marx die erste Gelegenheit benutzt habe, um durch seine Anwesenheit als Minister für die besetzten Gebiete sein großes Interesse an den besetzten Gebieten zu bekunden. Marx dankte und sprach die Hoffnung aus, daß er auch hier hoffentlich dem Wort: „Neue Besen kehren gut" Geltung verschaffen könne.

Der Generalkommissar vom Ministerium für die besetzten Gebiete, Schmid, sprach zunächst über die Fragen, die mit der Okkupation zusammenhängen. Hier sei Deutschland ausdrücklich darauf hingewiesen worden, strittige Fragen im Benehmen mit der Rheinlandkommission zu bereinigen. Der Anfang sei nunmehr gemacht. Natürlich bedürfe man für die Verhandlungen einer gewissen Zeit. Der Redner führte eine Reihe von Vorgängen an, aus denen er schloß, daß die Besatzungsbehörden sich allmählich auf den neuen Geist eingestellt hätten.

Der Generalkommissar beschäftigte sich dann mit den Fragen der

Besatzungsstärke und der Garnisonbelegung.

An der Räumung der Kölner Zone zu Anfang Februar sei nicht zu zweifeln. Die Belegung der zweiten und dritten Zone habe vor Locarno 86 000 Mann betragen; sie betrage jetzt 81 500 Mann. Diese geringe Verminderung entspreche nicht der Zusage der Botschafterkonferenz, die Besatzung auf normale Ziffern herabzusetzen.

Diese habe 1914 alles in allem 50 000 Mann betragen. In diesem Punkte sehe Deutschland die ihm gemachten Versprechungen als nicht erfüllt an, und ebenso als nicht erfüllt müsse die Zusage bezüglich der Verminderung der Garnisonorte angesehen werden.

Verschwunden seien acht in der belgischen, zwei in der jetzigen englischen und vier in der französischen Zone; 149 seien geblieben.

Vom französischen Oberkommando sei angekündigt worden, daß zum 1. April eine Reduzierung der französischen Armee um etwa 5000 Mann stattfinden werde. Ebenso soll zum 1. April die Zahl der Gendarmen auf ein Viertel herabgesetzt werden.

Der Zentrumsabgeordnete Guérard sprach im Gegensatz zu der Feststellung des Generalkommissars, daß das Zivildelegiertensystem abgebaut sei, sein Bedauern darüber aus, daß die Kreisdelegierten vielfach noch nicht verschwunden seien und die Wohnungen nicht einfach nicht räumten. Ein schweres Kreuz für die Bevölkerung seien die französischen Gendarmen; sie müßten unbedingt abgebaut werden. Die Ausweisfragerei werde trotz Ordonnanz 308 weiter fortgesetzt. In vielen Orten seien

nur weitere Erschwerungen,

aber keinerlei Erleichterungen zu verzeichnen. Die Wegnahme von Ackerland für militärische Plätze sei gerade in diesen ackerarmen Landstrichen besonders verhängnisvoll, die Beschlagnahme von Wohnungen deswegen katastrophal, weil durch die Ueberschwemmungen eine große Zahl von Wohnungen unbenutzbar geworden sei.

Generalkommissar Schmidt verwahrte sich gegen den Vorwurf des Optimismus und suchte die Abwesenheit des Reichskommissars zu entschuldigen, der gestern wieder aus Berlin habe abreisen müssen. Die Aufgaben des Reichskommissars seien sehr vielfältig und die Zeit seit seinem Amtsantritt noch kurz. Wenn noch nach Pässen gefragt werde, so handele es sich wohl um Schikanen einzelner Ortskommandos. Gegen die Inanspruchnahme von Ackergelände für Schießplätze seien diplomatische Verhandlungen eingeleitet worden. Die Entschädigungsfrage würde nach bestem Willen zugunsten der Deutschen nach billigem Ermessen geregelt.

Der Deutschnationale Wallraf wünschte, daß der Reichskommissar sein Amt nicht kavaliermäßig auffasse, nicht so sehr den Nur-Diplomaten spiele, wie es den Anschein habe, sonst müsse ihm wieder ein Beirat gegeben werden. Die Hauptsache sei die Verminderung der Besatzungstruppen. Bisher sei das besetzte Gebiet schwer enttäuscht über das Ausmaß der Rückwirkungen.

In der Aussprache wurde von allen Seiten der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Erleichterungen rascher fortschreiten möchten. Der Wirtschaftsparteiler Jörissen verlangte, daß Deutschland nicht früher in den Völkerbund eintreten dürfte, bis nicht die verbindlichen Erklärungen über die Milderungen des Besatzungsdruckes erfüllt seien. Der Zentrumsabgeordnete Hofmann-Ludwigshafen sprach von der Enttäuschung der besetzten Gebiete über die bisherigen Rückwirkungen. Auch der Demokrat Dr. Raschig hob hervor, daß in der Pfalz die Haltung der Franzosen an die schlimmste Besatzungszeit erinnere.

Generalkommissar Schmidt teilte mit, daß von fremden Gerichten verurteilt gegenwärtig noch 230 Deutsche in den Gefängnissen säßen, aber keine politischen Gefangenen mehr.

Ein Vertreter des auswärtigen Amts teilte mit, daß die französische Regierung den deutschen Standpunkt anerkannt habe, unter „normaler Stärke" der Besatzung sei die deutsche Vorkriegsstärke der Truppenbelegung des betreffenden Gebietes zu verstehen.

Einstimmige Annahme fand zum Schluß ein Antrag Becker-Hessen (D. Vp.), der die Regierung ersucht, mit allem Nachdruck und unter Verwendung aller Mittel darauf hinzuwirken, daß die Besetzung des Rheinlandes und die Abschnürung des Saargebietes vor Ablauf der Fristen beseitigt und die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches in diesen Gebieten wiederhergestellt werden. So lange dieses Ziel nicht erreicht ist, soll die Stärke der Besatzung auf die deutsche Vorkriegstruppenstärke in den besetzten Gebieten herabgemindert und die Zahl der besetzten Orte vermindert werden.

Zur Entlastung des Wohnungsmarktes sollen insbesondere die verheirateten Angehörigen der Besatzungstruppen die besetzten Gebiete verlassen, auch Gendarmerie und Geheimpolizei der Besatzungsmacht sollen beseitigt werden.

Der Reichspräsident hat Freitag vormittags den neu ernannten Reichsminister des Innern Dr. Külz, den Reichsminister der Finanzen Dr. Reinhold sowie den Reichsjustizminister des neu ernannten Kabinetts, Reichskanzler a. D. Marx, empfangen.

Der Reichspressechef Ministerialrat Kiep kehrt am 26. Januar von seinem Urlaub zurück und wird dann sein Amt wieder übernehmen.

Graf Leopold Kalkreuth, der bekannte Maler, hat den Orden „Pour le mérite" für Kunst und Wissenschaft erhalten, eine Ehrung, die bisher nur fünfzig Personen zuteil wurde.

Ententephantasien über eine deutsche „Offensive"

Vor einem neuen Schritt Deutschlands in der Besatzungsfrage

sx. **London,** 22. 1. (Eigenbericht.)

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" glaubt, daß Deutschland seine Demarche in der Frage der Rheinlandbesatzung in den nächsten Tagen wiederholen wird. Die alliierten Regierungen befänden sich zurzeit in einem Meinungsaustausch. Es sei nicht anzunehmen, daß Frankreich dem Beispiel Belgiens folge, das seine Truppen im Rheinland auf den dritten Teil reduziert hat; Frankreich würde auch nicht die von Deutschland geforderten 30 000 Mann zurückziehen, aber vielleicht 10 000. Nicht nur das Militär, sondern die ganze öffentliche Meinung in Frankreich sei der Ansicht, daß nach der Räumung Kölns der linke Flügel besonders

gegen einen etwaigen Angriff der Reichswehr (!)

geschützt werden müsse.

Außer diesen sonderbaren Rückwirkungen soll Paris nun auch noch eine neue Schwierigkeit bei der Schutzpolizei entdeckt haben, deren Verteilung auf die einzelnen Standorte auf strategische Gründe zurückzuführen sei. Andere alliierte Sachverständige finden, wie „Daily Telegraph" hierzu mitteilt, nichts Ungewöhnliches in der Tatsache, daß die Polizei in Bezirken mit dichter Bevölkerung stärker ist und natürlich solche Bezirke als Eisenbahnknotenpunkte auch für eine Mobilmachung wichtig sind. Frankreich soll ferner die Absicht haben, die Uebertragung der Militärkontrolle über Deutschland an die Völkerbundkommission nach Artikel 213 zu verzögern, bis es Mitglied des Völkerbundes sei. Deutschland habe bereits angekündigt, gegen die Zusammensetzung dieser Kommission unter General Destickер Einspruch zu erheben, da es von dieser Kommission ausgeschlossen sei. Andererseits widersetzt sich Frankreich der Idee, daß

die neue Kontrolle nicht ständig

sein, sondern nur von Fall zu Fall aus besonderen Gründen erfolgen solle.

Außer „Daily Telegraph" und „Manchester Guardian" hat bisher die englische Presse von der deutschen Demarche in London noch keine Notiz genommen. Die entsprechenden Schritte der deutschen Botschafter in Brüssel und Paris werden von den dortigen Korrespondenten gemeldet. — Ebenso fehlt vorläufig noch jeder Kommentar zu der Bildung der neuen Reichsregierung.

Die englische Besatzung.

jcs. **Frankfurt,** 22. 1. (Eigenbericht.)

Ueber die Stärke und Verteilung der englischen Besatzungsarmee in der neuen Wiesbadener Zone werden jetzt endgültige Ziffern bekannt. Die Zahl der Truppen beträgt an Stelle der anfänglich vorgesehenen 9000 Mann jetzt 7500 Mann. Sie werden verteilt auf Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, die Kreise Rheingau, Unter- und Obertaunus und die Stadt Bingen. Als Garnisonorte werden benutzt: Wiesbaden, Biebrich, Schierstein, Langenschwalbach, Idstein, Königstein und Bingen. In Wiesbaden selbst werden das Oberkommando, das Hauptquartier, ein Bataillon Hochländer sowie ein Bataillon und zwei Kompagnien Infanterie untergebracht. Nach Biebrich werden ein Regiment Fußartillerie und ein Bataillon Infanterie, nach Schierstein zwei Kompagnien Infanterie verlegt. In Dotzheim bei Wiesbaden wird die Telegraphenabteilung, in Langenschwalbach und Idstein je zwei Kompagnien Infanterie untergebracht.

Die Vorgeschichte der Marinemeuterei 1918.

Ein später Rechtfertigungsversuch der U. S. P.

Im großen Saal 12 des Reichstages, der sonst für die ernsten Beratungen des Haushaltsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses bestimmt ist, wickelt sich heute ein merkwürdiges Schauspiel ab. Vor einem dicken Manuskript steht Herr Dittmann, früher von der U.S.P., jetzt von der äußerlich gemäßigteren, innerlich längst von U.S.P.-Geist und der Unverantwortlichkeit angefressenen S.P.D. und hält einen Monolog. Es soll eine Rechtfertigung von dem Vorwurf werden, die Marinemeuterei 1918 angestiftet zu haben. Bekanntlich war neben Dittman seinerzeit eine ganze Anzahl von unabhängigen Abgeordneten belastet, von denen die Mehrzahl inzwischen gestorben ist. Nachträglich will Dittman sich und die U.S.P. und die mit deren moralischer Erbschaft belastete S.P.D. exkulpieren.

Er braucht dazu heute drei Stunden und morgen noch einmal so viel. Man wird am Ende sehen, was dabei herausgekommen ist, und ob nicht etwa auch andere Instanzen zu dem einmal angeschnittenen Thema das Wort nehmen. Von seiten der Linken ist Herrn Dittmann die nötige Zuhörerschaft gestellt worden. Das Ganze aber bleibt unverkennbar eine interne Angelegenheit der Sozialdemokratie; über die Nützlichkeit der Erörterung dieser Dinge wird man wohl bei ihr selbst stark im Zweifel sein.

*

Dittmann sucht zunächst die Entstehung stärkerer Mißstimmung unter den Marinemannschaften vom Winter 1916/1917 an zu schildern. Er führt vereinzelte Subordinationen auf das Wohlleben und das schlechte moralische Beispiel der Offiziere zurück. Die Marinebehörde habe alle Klagen ohne ernsthafte Untersuchung als völlig unbegründet und auf politische Verhetzung beruhend bezeichnet. Immerhin muß auch Dittmann zugeben, daß in den vom Reichstag eingesetzten Menagekommissionen „nebenher" über Politik diskutiert worden sei und daß unter den Marinemannschaften für eine Erklärung zugunsten des Verständigungsfriedens Unterschriften gesammelt worden seien. Er behauptet, daß dabei keineswegs an eine Sabotage der Landesverteidigung gedacht worden sei. Die Führer der U. S. P. hätten von diesen Listen gar keine Kenntnis gehabt. Dittmann bestritt nachdrücklich, daß die U. S. P. jemals Meutereien veranlaßt oder gefördert habe. Sie habe die Landesverteidigung nicht schwächen, sondern lediglich einen Verständigungsfrieden ohne Sieg und Niederlage herbeiführen wollen.

Briands Appell an die Abgeordneten.

Er wird nicht die Vertrauensfrage in der Kammer stellen.

a. **Paris,** 22. 1. (Eigenbericht.)

Die Kammer wird voraussichtlich am Montag in die Behandlung der Finanzgesetze eintreten. Als Briand gestern abend in den Wandelgängen der Kammer erschien, wurde er von zahlreichen Fragestellern umringt. Anknüpfend an die Aeußerung eines dieser Fragesteller, daß die Mehrheit der Kammer für die Einführung der Zahlungssteuer nicht zu haben wäre, äußerte sich Briand über seine Absichten wie folgt:

„Die Regierung hat die Aufgabe, die Aussprache zu eröffnen und in umfassendster Weise die Finanzlage des Landes der Kammer auseinanderzusetzen. Gleichzeitig wird sie betonen, daß vom inner- und außenpolitischen Standpunkte

ein neues Steueropfer notwendig

geworden ist, um die mit dem Auslande unternommenen Verhandlungen zu erleichtern, den Kredit Frankreichs zu stärken und den Franken zu stabilisieren. Die politische Lage fordert, daß wir vor keinem Opfer zurückweichen. Es ist daher notwendig, daß in einer großen Aussprache in der Kammer jeder Abgeordnete an seinem Teile mit an der Verantwortung trägt, das Finanzgesetz anzunehmen oder abzulehnen. Das Land wird sodann das Urteil über seine Vertreter sprechen können.

Zwischen der Finanzkommission und der Regierung besteht eine Differenz über die Frage der Zahlungssteuer. Man hat über diese wirklich viel Lärm gemacht, obwohl ich sicher bin, daß man mehr scheinbar als tatsächlich dieser Steuer so voll Abneigung gegenübersteht. Es liegt mir daran, neuerlich zu betonen, daß die Regierung sich in der Frage der Zahlungssteuer nicht unnachgiebig zeigen wird; wenn man mir einen Steuervorschlag bringt, der die unumgänglich notwendigen Einkünfte für den Staat sofort sicherstellt, wie es die Zahlungssteuer tut, so bin ich bereit, diese Vorschläge zu prüfen."

Auf die Frage, ob er

die Vertrauensfrage

stellen würde, antwortete Briand: „Wozu soll ich die Vertrauensfrage stellen? Ich habe bereits der Kommission gesagt, es handele sich heute nicht um eine politische, sondern um rein finanzielle Fragen. Wir haben den Willen, zu verhandeln, wollen uns aber ganz auf das finanziell-technische Gebiet beschränken. Das einzige Problem, das zu lösen bleibt und dessen Lösung mir sehr dringend erscheint, ist die Aufgabe, der Staatskasse ohne Verzug die Geldmittel zuzuführen, deren sie unbedingt bedarf."

Die von der Regierung zu erwartende Haltung in der kommenden Finanzaussprache scheint also zu sein, der Debatte über das Kartellprojekt freien Lauf zu lassen und erst dann auf das Regierungsprojekt zurückzukommen, wenn das von der Kammer votierte Projekt der Staatskasse nicht die nötigen Mittel sichern sollte.

Französische Zollbeamte als Mörder.

Saarbrücken, 22. 1. (W. T. B.)

Im Zuge Saarbrücken—Neunkirchen wurde heute nacht der Gemeindebaumeister Eifler aus Wiebelskirchen erdrosselt aufgefunden. Als der Tat dringend verdächtig wurden von der Neunkirchener Polizei zwei französische Zollbeamte festgenommen. Ein dritter Zollbeamter war während der Fahrt am Tunnel bei Friedrichstal aus dem Zuge gesprungen.

Zu dem Morde wird noch gemeldet, daß der ermordete Gemeindebaumeister Eifler bis zum späten Abend in Saarbrücken dienstlich beschäftigt war. Mit dem Zug 12,15 Uhr fuhr er dann zusammen mit drei französischen Zollbeamten nach Neunkirchen. Diese öffneten unterwegs das Fenster. Eifler, der Kriegsbeschädigter ist, bat, das Fenster zu schließen. Da sie sich weigerten, zog Eifler selbst das Fenster zu, worauf sich die drei auf ihn stürzten und ihn erwürgten.

Der belgische Metallarbeiterstreik vor dem Ende?

Brüssel, 22. 1. (Sonderdienst der DAZ.)

Die Metallarbeitergewerkschaften machen alle Anstrengungen, die Wiederaufnahme der Arbeit im Charleroibezirk zu verhindern, obgleich bereits eine ganze Anzahl von Hochöfen durch Arbeitswillige wieder angeblasen worden ist. An einer Protestkundgebung der Gewerkschaften nahmen etwa 6000 Arbeiter teil. In industriellen Kreisen glaubt man jedoch, daß das Ende des Streiks bevorsteht. Die Fabriken werden durch Gendarmeriepatrouillen geschützt. An den Fabrikeingängen stehen aber nach wie vor die Streikposten, die die Arbeitswilligen aufhalten, sie jedoch nach Notierung ihrer Namen unter dem Druck der Polizei passieren lassen müssen.

Zuspitzung der Lage in der Mandschurei.

sx. **London,** 22. 1. (Eigenbericht.)

Die Lage in der Mandschurei spitzt sich zu. Der Sowjetbotschafter in Tokio erklärte, daß Rußland einmarschieren werde, wenn die Bahn nicht sofort freigegeben werde. Chang Tso-lin hat Befehl gegeben, den russischen Direktor der Ostbahn, Iwanow, zu verhaften, und zieht Truppen bei Charbin zusammen. Die Eisenbahn ist völlig in den Händen der chinesischen Soldaten, die Züge nach Osten und Westen abgehen lassen. In Charbin kam es zu neuen Zusammenstößen; russische Staatsangehörige wurden von chinesischen Soldaten auf offener Straße überfallen. Die untereinander streitenden Führer der Nationalarmeen des Generals Feng hoffen auf Vermittlung Chang Tso-lins mit Rußland und scheinen sich unter dem Druck der Lage wieder zu einigen. Erschreckt durch den Vorstoß Chang Tso-lins bei Schanghai-Kwan, haben sie zunächst an General Feng die Aufforderung gerichtet, das Oberkommando sofort wieder zu übernehmen.

Neue Unruhen in Syrien.

Hochfahrende Haltung der französischen Delegierten.

Haifa, 22. 1. (Sonderdienst der DAZ.)

Nach Meldungen aus Aleppo sollen die Unruhen durch die hochfahrende Haltung des vom Oberkommissar entsandten französischen Delegierten entstanden sein. Wie seinerzeit General Sarrail den Empfang der Drusenabordnung ablehnte, hat sich jetzt der französische Delegierte geweigert, eine Delegation zu empfangen, die unter Führung des Wali friedliche Vorstellungen gegen die gemeldete Verhaftung der 50 Notabeln machen sollte. Die Verhaftungen waren wegen des Boykotts der Wahlen erfolgt. Nachdem die Delegation abgewiesen war, sammelte sich eine große Menschenmenge und erzwang sich den Weg zur Befreiung der Gefangenen. Kennzeichnend für die Stärke der nationalen Bewegung ist auch die Freisprechung des vom Gouverneur des Libanon unter Anklage gestellten Redakteurs, der in einer Reihe von Artikeln die Geschäftsführung des Gouverneurs heftig angegriffen hatte. 50 führende Rechtsanwälte hatten sich zu seiner Verteidigung gemeldet. Der Gerichtshof hat gestern den Fall niedergeschlagen und den Gouverneur zur Tragung der Kosten verurteilt.

*

Beirut, 22. 1. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Oberkommissariat hat der Presse eine Erklärung des Vertreters des Königs Ibn Saud übergeben. Darin wird das Gerücht dementiert, daß Ibn Saud 2000 Soldaten zur Unterstützung der revolutionären Bewegung nach dem Djebel Drus geschickt hat. Ibn Saud läßt versichern, daß er in den internen Fragen Syriens neutral bleiben wird. Da die lokalen Zeitungen behauptet haben, das Scheich Suliman Muscheik nicht der anerkannte Vertreter Ibn Sauds ist, hat der Oberkommissar den Scheich offiziell als außerordentlichen Gesandten empfangen. Als seine Mission wird angegeben, gewisse Fragen zu regeln, die die Mandatsgebiete betreffen.

Nachts fielen wieder bei den Drahtverhauen von Damaskus verschiedene Schüsse. Im Bezirk von Kusseir und Homs entwickeln die Aufständischen ebenfalls Gefechtstätigkeit.

Abneigung gegen deutsche Reisende.

Italien lehnt sie wegen Armut ab.

fr. **Mailand,** 22. 1. (Eigenbericht.)

Die Besprechungen der italienischen Zeitungen über die gestrige Kammeraussprache sind alle auf den gleichen Ton gestimmt. „Nationalistische Entgleisungen in Deutschland und Oesterreich wollen wir nicht zu ernst nehmen, es steckt weniger Boshaftigkeit dahinter als Unkenntnis der allgemeinen internationalen Lage", schreibt der „Corriere della Sera". „Die Drohungen mit dem Reisepublikum", sagte er weiter, „sind auch vom wirtschaftlichen Standpunkt mehr ein Gewinn als ein Verlust, weil inzwischen das deutsche Reisepublikum zu arm geworden ist." Dies ist eine Offenbarung, in der die Antipathie gegen Deutschland recht anschaulich zum Ausdruck kommt. Es ist vielleicht auch das erstemal, daß die Verarmung Deutschlands vom „Corriere della Sera" anerkannt wird. Bei den Reparationsverhandlungen war die Sprache dagegen anders. Jetzt heißt es bei den Verhandlungen in Washington und London, die Ausgangssumme sei phantastisch oder astronomisch, ein Standpunkt, dem wir beipflichten, der uns aber stets als Böswilligkeit angekreidet worden ist.

Der „Corriere della Sera" stellt weiter fest, daß Deutschland sich auch des Vorteils bewußt sein müsse, schon sechs Jahre nach Versailles als „gleichberechtigt" in den Völkerbund aufgenommen zu werden, daß ferner die Locarno-Verträge nicht nur die französische Ostgrenze gegen eine deutsche Bedrohung, sondern auch die deutsche Westgrenze gegen eine französische Bedrohung, die übrigens recht problematisch sei (?), geschützt werde. Hier scheint uns die historische oder politische Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse einer Richtigstellung zu bedürfen, denn nicht Deutschland hat um die Aufnahme in den Völkerbund gebettelt, sondern die andern haben Deutschland aufgefordert, und unseres Wissens nicht aus Mitleid mit Deutschland, sondern aus eigensüchtigen Beweggründen.

*

kgb. **Wien,** 22. 1. (Eigenbericht.)

Das Berufungsgericht in Trient hat den Redakteur des Bozener „Landmann", Fuchsbrugger, freigesprochen, der im Oktober 1925 wegen angeblich beleidigender Artikel gegen den fascistischen Verein „Dante Alighieri" zu der ungeheuerlichen Strafe von 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt war. Das Berufungsgericht begründete sein Urteil mit dem Amnestiegesetz vom Juli 1925.

Ermäßigung der englischen Forderung an Italien?

sx. **London,** 22. 1. (Eigenbericht.)

Während der Abwesenheit Churchills in der Provinz haben die englischen und italienischen Sachverständigen im Schatzamt weitere Sitzungen abgehalten. Offiziös verlautet, daß man einer Einigung nähergekommen ist. England soll Konzessionen gemacht haben dahin, daß Italien in den ersten drei bis vier Jahren nur eine geringe Summe zahlen soll, [illegible] Millionen Pfund [illegible] in keinem Jahre [illegible] wesentliche Ermäßigung der englischen Forderung sein. Für die [illegible] größeren französischen Schulden [illegible] Caillaux Annuitäten von 12,5 Millionen [illegible] Pfund [illegible] Zustandekommen [illegible] mit Amerika abhängig ist, was bisher nicht der Fall ist.

Wohnungswirtschaft.

Von **Prof. Bodo Ebhardt,** Architekt.

Ausführungen zur Herbeiführung einer Diskussion wieder, ohne uns mit ihnen zu identifizieren. (Vergl. den Sonntagsleitartikel im volkswirtschaftl. Teil.)

Wer mit Aufmerksamkeit die amtlichen, körperschaftlichen und persönlichen Veröffentlichungen über die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Wohnungswirtschaft verfolgt, muß den Eindruck erhalten, daß die bisher angewendeten Mittel die Wohnungsnot nicht verringert haben.

Während des Krieges war die größte Weisheit, die in der Wohnungswirtschaft aufgebracht wurde, das Wort vom Schutz der Schwachen. Aus der selbstverständlichen Pflicht, wirtschaftlich schwache Angehörige der im Felde stehenden Männer vor dem Verlust ihres Obdaches zu schützen, wurde eine allgemeine Aufhebung der Leistungspflichten der Mieter. Mehr und mehr wurde der Hausbesitz entrechtet, und je „freier" zunächst die Richtung und nach 1918 auch die äußerliche Form der Regierungen wurde, um so mehr wurden die Besitzer ihrer Selbstbestimmung und Freiheit beraubt.

Als dann die Geldentwertung kam, erhielt der Besitzer das Wenige, das ihm überhaupt noch zugebilligt wurde, in wertlosem Gelde, während ihm nach wie vor alle Lasten an Steuern, Abgaben und Unterhaltungskosten aufgebürdet wurden. Es kam so weit, daß z. B. der Ersatz einer zerschlagenen Spiegelscheibe mehr als die gesamten Mietseinnahmen eines großen Mietshauses erforderte.

Der Erfolg ließ nicht auf sich warten: Die Häuser verfielen, die Hauswirte verkauften (verschenkten!) den überlästigen Besitz zu lächerlichen Preisen namentlich an Ausländer, oder sie verschwanden und ließen Haus und Hof im Stich, die dann herrenlos und um so mehr verwüstet wurden.

Während alle Preise stiegen — auch nach Wiederherstellung der Währung! —, durfte die Miete nicht anders als durch Gesetz und Verordnung erhöht werden, und diese Enteignung dauert noch heute an, die sogenannte „gesetzliche Miete" beträgt noch nicht 100 Prozent der Friedensmiete.

Diese Entwicklung wäre zu ertragen gewesen durch die scheinbare Entschuldung des Hausbesitzes, durch die Entwertung der Hypothekenlasten. Der Staat, der seinerseits nicht daran dachte, die Staatsschulden „aufzuwerten", hat aber zuviel Gerechtigkeitsgefühl, als daß er eine Bereicherung der Hausbesitzer dulden könnte. Durch die Mietzinssteuer wurde dieser Bereicherung vorgebeugt, so daß dem Hausbesitzer nur ein bescheidener Teil der „gesetzlichen Miete" verblieb.

Die Ungerechtigkeit der Mietzinssteuer liegt aber bei genauer Betrachtung der Einzelfälle auf der Hand. Den „Alt-Besitzern" nimmt sie die Möglichkeit, die Verluste der Entwertungszeit auch nur einigermaßen auszugleichen. Den Hypothekengläubigern, deren entwertete Forderungen aufzuwerten sie gerechterweise bestimmt sein müßte, nützt sie nichts, Witwen und Waisen, wohltätige Stiftungen und Lebensversicherungsnehmer, die ihr gutes Gold eingezahlt haben, sind und bleiben enteignet, verarmt und entrechtet.

Ganz widersinnig ist die Erhebung dieser Steuer von den Alt-Eigenhausbesitzern! Ihnen wurde während der Entwertungszeit nichts an Steuern, Lasten und Kosten der Erhaltung ihrer Häuser geschenkt; was sie durch Entwertung der Hypotheken gewannen, verloren gerade diese Kreise des Mittelstandes meist an anderer Stelle an Lebensversicherungssummen, Staatspapieren usw., und heute bezahlen sie für ihren Besitz Steuern und Lasten, von denen sich der glückliche Mieter im Zinshause gar keinen Begriff macht. Vierfach, ja fünffach mit Grundvermögen-, Mietzinssteuer, Gemeinde- und Länderzuschlägen müssen sie ihr Haus — meist der letzte Rest ihres Vermögens — versteuern, nicht weniger, sondern weit mehr als vor der Umwälzung ist ihnen an Lasten aufgebürdet, sie werden zur Umwandlung ihrer dazu gar nicht geeigneten Häuser in Mietshäuser und, fehlen die Mittel, zum Verzweiflungsverkauf getrieben und zur Flucht in die Mietwohnung — zur selben Zeit, in der für Ueberführung der Bevölkerung in Eigenheime, für Aussiedelung aus diesen Mietskasernen mit dem Mietzinssteuerertrag der Vertriebenen für andere Leute teuere Kleinhäuser neu erbaut werden.

Abermals werden die Eigenhausbewohner geschädigt durch die Art der Verrechnung der Zinsen für die auf 25 Prozent aufgewerteten Hypotheken! Nur das erste Vierteljahr darf abgezogen werden, die folgenden Vierteljahre — die der Zinshauseigentümer seinen Mietern in Rechnung stellen kann — muß der Selbstbewohner allein bezahlen, ohne daß er die Last auf mehrere Schultern verteilen kann. Aber man macht mit den falschen Maßnahmen damit noch nicht halt. Der Ertrag der Mietzinssteuer wird nicht voll verwendet, um der Wohnungsnot durch Neubau so schnell wie möglich abzuhelfen, sondern zum größten Teil für „allgemeine Staatsbedürfnisse". Damit wird die Wohnungsnot rücksichtslos verlängert. Schon erklärt der Minister Hirtsiefer, daß bei Annahme einer Beseitigung der Wohnungsnot in 10 Jahren durch Selbsthilfe und Aufkommen der Mietzinssteuer noch 10 Jahre lang im Reich 225 000, in Preußen 150 000 Wohnungen jährlich gebaut werden müßten.

Aehnliche Zahlen sind in Fachkreisen bereits 1917 und früher genannt worden, auch vom Verfasser dieser Zeilen mit eingehenden Forderungen und Abhilfevorschlägen. Der Minister muß nun leider hinzufügen, daß schon für das Jahr 1926 eine Fehlleistung [illegible]. Statt 150 000 Wohnungen können [illegible] das Jahr 1926 und schreibe 40 000 bis 50 000 neue Wohnungen aus dem Aufkommen der Mietzinssteuer [illegible] werden. („DAZ." 64. Jahrgang, Nr. 613.)

Noch schlimmer wird die Lage dadurch, daß die Gelder erst spät bereitgestellt werden. Die Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft [illegible] Wohnungsbehörden, den Bewerbern mitgeteilt, daß [illegible] frühestens im April 1926 [illegible]